Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf • Nr 588 • B 291 SONNABEND, 13. DEZEMBER 1930 ABEND-AUSGABE • V

Linkskabinett Steeg fertig

Auf die Unterstützung der Sozialisten angewiesen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 13. DEZEMBER

Die Unbeugsamkeit Steegs hat einen vorläufigen Erfolg davongetragen. Trotz der allergrößten Schwierigkeiten, die bis in die letzten Stunden anhielten und besonders durch die Haltung Tardieus noch verstärkt wurden, ist es ihm gelungen, heute nacht eine Regierung zustande zu bringen. Um 3 Uhr morgens hatte Steeg seine Ministerliste fertig, die folgende Namen enthält:

Ministerpräsident und Kolonialminister: Steeg.
Justizminister: Chéron.
Außenminister: Briand.
Innenminister: Leygues.
Kriegsminister: Barthou.
Marineminister: Albert Sarraut.
Luftfahrtminister: Painlevé.
Finanzminister: Germain Martin.
Budgetminister: Palmade.
Kultusminister: Chautemps.
Minister für öffentliche Arbeiten: Daladier:
Minister für die Handelsmarine: Danielou.
Landwirtschaftsminister: Boret.
Arbeitsminister: Grinda.
Handelsminister: Loucheur.
Postminister: Bonnet.
Pensionsminister: Thoumyre.
Hygieneminister: Queuille.

Von den 18 Ministern des neuen Kabinetts gehören sieben der Radikalen Partei an und zwar Steeg, Daladier, Chautemps, Palmade, Sarraut und Queuille und Bonnet, zwei der Republikanisch-sozialistischen Partei, Briand und Painlevé, drei der Radikalen Linken Loucheur Danielou und Germain Martin, zwei der Demokratisch-radikalen Union (linke Gruppe im Senat), Barthou, Boret, einer der republikanischen Union (rechte Gruppe im Senat), Chéron und drei der linken republikanischen Partei: Leygues, Grinda und Thoumyre.

Von den 12 Unterstaatssekretären gehören vier der Radikalen Partei an: Marchandeau, Berthod, Léon Meyer und Mounier, zwei der Radikalen Linken: Guoutau und Millot, zwei der Linken republikanischen Partei: Coty und Varety, einer der Sozialen radikalen Gruppe (Franklin Bouillon): Richer, einer der Republikanischen Sozialisten: Frédéric Brunet, einer der Unabhängigen Linken, August Brunet, und einer der Republikanisch-demokratischen Union (Marin-Gruppe): Cautru.

Obwohl das neue Kabinett nicht weniger als fünf Mitglieder aus der Tardieugruppe, der republikanischen Linken und sogar aus der Maringruppe enthält, kann man es nicht als die Verwirklichung der Großen Koalition ansprechen. Allerdings lag es keineswegs an Steeg oder an der Radikalen Partei, wenn diese Koalition nicht zustandegekommen ist.

Der gestürzte Ministerpräsident Tardieu hat nämlich gestern abend, als die entscheidenden Verhandlungen um die Verteilung der Portefeuilles begonnen hatte, seine sämtlichen ehemaligen Mitarbeiter um sich berufen, um sie zu verhindern, in die neue Regierung einzutreten. Diesem höchst unfairen Vorgehen ist es zu verdanken, daß beispielsweise Laval, Pietri und Flandin, die bis Mitternacht mit Steeg verhandelten und im Prinzip bereit gewesen wären, in der neuen Regierung mitzuwirken, im letzten Augenblick doch noch absprangen.

Unter diesen Umständen hat die neue Regierung in der Kammer einen sehr schweren Stand gegenüber den Gruppen, die noch hinter Tardieu stehen. Eine auch nur knappe Mehrheit für Steeg ist nur mit Unterstützung der Sozialisten möglich.

Die Militär-Revolte von Jaca

Ungeklärte Lage in Nordspanien

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MADRID, 13. DEZEMBER

Die Militär-Revolte in der kleinen nordspanischen Festung Jaca läßt sich in ihrer Bedeutung und ihren Konsequenzen noch nicht klar übersehen. Bisher haben die Aufständischen, die durch bewaffnete Zivilisten aus der Stadt selbst und der Umgebung unterstützt werden, zwei kleine in der Nähe von Jaca gelegene Orte Tardienta und Ayerbe besetzt. Nach den bisherigen Schätzungen beträgt im Augenblick die Zahl der aufständischen Militär- und Zivilpersonen höchstens 3000 Mann. Die militärischen Führer der Aktion sind in der Hauptsache ein Hauptmann und ein Leutnant, die vor Jahren wegen Beteiligung an einer Revolte gegen Primo de Rivera zu je vier Jahren Festung verurteilt worden waren. Die Regierung ist entschlossen, mit allen Mitteln vorzugehen. Es werden im Augenblick südwestlich von Jaca Truppen zusammengezogen, die einen Gegenstoß unternehmen sollen. Von dem Erfolg dieser Aktion wird in erster Linie das Schicksal der Revolte abhängen. Können die Rebellen ohne schwere Kämpfe entwaffnet werden, so bedeutet das einen großen Prestige-Gewinn der Regierung. Gelingt das nicht oder gehen sogar Teile der Regierungstruppen zu den Aufständischen über, so ist der weitere Verlauf nicht abzusehen.

Die Regierung gab heute bei Tagesanbruch eine beruhigende offiziöse Erklärung aus, in der gesagt wird, daß jetzt direkte Nachrichten aus Jaca vorliegen, nach denen die Ereignisse weniger ernst seien, als man zunächst auf Grund unvollständiger Berichte angenommen habe. Ein Teil der Garnison setze seinen Widerstand gegen die Rebellen fort (gemeint sind damit vermutlich die sich in ihren Kasernen noch verteidigenden Gendarmerietruppen). Da die Bewegung so beschränkt sei, wäre sicher, daß der unglückliche Zwischenfall in einigen Stunden beigelegt sei.

Gegen Mittag des heutigen Tages liegen noch immer keine genauen Nachrichten aus Jaca vor, da keine direkte Verbindungsmöglichkeit besteht. Die Lage dürfte aber etwa folgende sein:

Ein Teil der Garnison von Jaca, wahrscheinlich Offiziere und Mannschaften der dortigen Festungsartillerie, ist in den Kasernen bzw. Forts verblieben und nimmt an der Bewegung nicht tätig teil. Ein Teil der Aufständischen kam in Automobilen bis nach Ayerbe, einem Ort 88 Kilometer südlich von Jaca. Es sollen dies zirka 350 Soldaten und die doppelte Anzahl Zivilisten gewesen sein, die dort mit Gendarmen und Zollwächtern eine Schießerei hatten. Doch wurde es Nacht, und jede Partei verblieb in ihrer Stellung.

Zwei Bataillone, die in Huesca in Garnison liegen (Effektivstärke höchstens 500 Mann, vielleicht noch weniger) sollen außerhalb der Stadt Stellung bezogen haben. Da an sie scheinbar kein Befehl zum Vorrücken erging, so hat es fast den Anschein, als sei die Regierung jener Garnison nicht ganz sicher. Es fehlt jedoch die Bestätigung dieses Gerüchtes. In die Gegend nördlich von Jaca sollen Truppen beordert sein, um den Aufständischen den Fluchtweg nach Frankreich abzuschneiden, insbesondere den Tunnel von Canfranc.

Vom Madrider Militärflugplatz flogen zwei Bombenstaffeln ab, um sich den im Norden befehligenden Generalen zur Verfügung zu stellen.

In republikanischen Kreisen Madrids hört man, daß Jaca einige Tage zu früh losgeschlagen habe. Dies kann stimmen, kann aber auch eine Ausrede dafür sein, daß es bisher an andern Orten ruhig blieb. Man wird aber den heutigen und morgigen Tag mindestens abwarten müssen, um zu wissen, wie sich die andern Garnisonen verhalten. Von Streiks sind bisher keinerlei Anzeichen vorhanden. Vor Montag werde damit auch nicht zu rechnen sein.

Gegner von einst

Der aus seiner Kriegstätigkeit an der flandrischen Küste bekannte deutsche Admiral Türk war gestern Ehrengast bei einem Diner an Bord des Schulschiffes „Malisie Graham" in Scarborough, an dem auch sein Gegner beim Angriff auf Zeebrügge, Admiral Blount, teilnahm.

Regierung an die Front!

Die Art, wie der Kriegsfilm „Im Westen nichts Neues" verboten wurde, hat dem Ansehen der Regierung und damit der Autorität des Staates großen Schaden zugefügt. Man kann nicht einen Film, den man sechs Tage lang mit einem starken Polizeiaufgebot gegen schreiende Demonstranten verteidigt hat, am siebten Tage verbieten, ohne daß in der Oeffentlichkeit der Eindruck entsteht, man hätte sich schließlich dem Druck der Straße beugen müssen. Gewiß kann die Regierung mit gutem Recht erklären, daß eine solche Schlußfolgerung unrichtig sei, sie wird aber nicht verhindern können, daß bei einem großen Teile des Volkes dennoch diese Meinung besteht. Sie wird auch nichts dagegen tun können, daß die Nationalsozialisten das Verbot als einen Erfolg ihrer Demonstrationen und als einen Sieg ihrer Sturmtrupps über die Staatsgewalt ausschlachten. Es wäre deshalb besser gewesen, wenn die Regierung in diesen Filmstreit nicht nur mit der Polizeigewalt, sondern frühzeitig auch mit der eigenen politischen Führung eingegriffen hätte. Denn hätte dieser Filmkrieg beendet werden können, ohne daß die Staatsautorität dabei Schaden gelitten hätte und ohne daß die Gegner der gesetzmäßigen Ordnung einen billigen Triumph davongetragen hätten. Dazu lag für die politische Führung wirklich kein Zwang vor, daß sie gerade den Weg ging, den die Nationalsozialisten ihrer Berechnung zugrundegelegt hatten.

Fehler, die einmal gemacht worden sind, kann man nicht wegradieren wie ein falschgeschriebenes Wort. Aber man kann aus ihnen lernen. Aus der unglückseligen Filmaffäre muß die Regierung den Schluß ziehen, daß es so nicht weitergehen kann. Wo kämen wir hin, wenn nach der auf dem Rollendorfplatz geübten Methode jede geistige Aeußerung, die irgendeiner radikalen Partei nicht paßt, einfach niedergetrampelt würde. Daß große Gefahr dafür besteht, daß die Nationalsozialisten versuchen werden, auf dem einmal beschrittenen Wege weiterzugehen, steht wohl außer Zweifel. Nun leben wir in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Not nicht nur die materielle Existenz von Millonen von Volksgenossen erschüttert hat, sondern auch bereits an die Tore des Geistes pocht. Die Menschen, die keine Hoffnung mehr zu haben glauben, die nicht wissen, ob sie überhaupt noch einmal ein geregeltes Leben führen werden, fragen sich unwillkürlich, ob denn an dem Elend unserer Zeit nicht diese oder jene Geistesrichtung schuld sei und hören nur allzu leicht auf jene, die bei ihrer Agitation irgendein „System", eine Weltanschauung oder eine Rasse für das allgemeine Unglück verantwortlich machen. Diesen Kampf verwirrter Geister kann man, wie der Streit um den Remarque-Film gezeigt hat, nicht mit der Polizeigewalt allein entscheiden. Hier bedarf es einer starken politischen Führung, einer zielbewußten Aufklärungsarbeit, die nicht nur von den Parteien und von der ernsten Presse, sondern vor allem von der mit der Autorität des Staates ausgestatteten Regierung geleistet werden muß.

Das Kabinett Brüning hat bisher schweigend eine gewaltige Arbeit geleistet. Solange man mit Parteien und mit dem Parlament rechnen mußte, war es sicher richtig, nur das Notdürftigste zu sagen und dadurch den Eindruck der eigenen Entschlossenheit und Stärke hervorzurufen. Jetzt aber ist diese Zeit vorbei. Jetzt sind die wichtigen Notverordnungen unter Dach, und das Kabinett hat zum zweiten Male die Machtprobe gegen seine Widersacher bestanden. Jetzt braucht man keine taktischen Rücksichten mehr zu üben, jetzt gilt es, zur Offensive überzugehen, den Kampf um die Seele des Volkes aufzunehmen. Am Ende wird nämlich der regieren, der dieses Ringen für sich gewonnen hat. Es ist gewiß ein Verdienst, daß das Kabinett Brüning durch eine lange Reihe von verordneten Gesetzen den ernstlichen Versuch zu einer Sanierung des Staatshaushalts erzwungen hat. Die Regierung muß aber wissen, daß sie mit diesen Gesetzen allein noch lange nicht den Kampf um die Macht für sich entschieden hat. In diesem Augenblick, wo nicht nur um die Köpfe, sondern vor allem um die Seele der Menschen gerungen werden muß, ist es nicht damit getan, daß ein Bündel von Sanierungsgesetzen im „Reichsanzeiger" veröffentlicht wird. Die stille und zähe Arbeit der Regierung muß jetzt dem Volke in populärer Form dargestellt werden, so daß jene Massen, die schon in der Verzweiflung zu versinken drohen, noch eine Hoffnung für sich sehen. Man muß diesen Menschen sagen, daß nicht nur dem Staat geholfen wird, sondern daß mit dem Staat auch sie gerettet werden sollen. Man muß ihnen auch sagen, daß diese Rettung nicht durch Demonstrationen halbwüchsiger Burschen beschleunigt wird, sondern daß Straßenunruhen das Maß des Elends noch bis zum Ueberlaufen vollmachen müssen. Man muß ihnen sagen, daß sehr